

Europäischer Gerichtshof

Arbeitgeber beim Gewähren von Urlaub in der Pflicht

Luxemburg (dpa). Was geschieht mit dem Resturlaub eines gestorbenen Ehepartners? Und verfällt der Jahresurlaub automatisch, wenn ein Arbeitnehmer ihn nicht beantragt? Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat die Rechte von Arbeitnehmern gestern in diesen Fragen gestärkt. Hintergrund der Urteile waren mehrere Fälle, die derzeit vor deutschen Gerichten verhandelt werden.

Vor allem die Entscheidung zum etwaigen Verfall des Jahresurlaubs dürfte wohl fast jeden Arbeitnehmer – und somit auch jeden Arbeitgeber – betreffen. Dabei ging es um die Frage, ob nicht genommener Urlaub automatisch verfällt, wenn der Arbeitnehmer ihn nicht beantragt hat. Das höchste EU-Gericht verneint dies und nimmt den Arbeitgeber in die Pflicht. Dieser müsste nachweisen, dass er seinen Ange-

stellten angemessen aufgeklärt und in die Lage versetzt habe, den Urlaub zu nehmen. Nur dann könne der Anspruch auf Urlaub oder Ausgleichszahlungen erlöschen, falls der Urlaub nicht genommen wird.

Der EuGH begründete sein Urteil auch damit, dass die Arbeitnehmer im Verhältnis zum Chef in der schwächeren Position seien. Deshalb könnten sie davon abgeschreckt sein, auf ihr Urlaubsrecht zu bestehen.

„Das Urteil wird viele Arbeitgeber dazu veranlassen, die bisherige Urlaubspraxis zu hinterfragen“, sagte Michael Fuhlrott, Professor für Arbeitsrecht an der Fresenius-Hochschule in Hamburg. „Arbeitgeber werden ihre Mitarbeiter womöglich künftig bereits zu Jahresbeginn verpflichten, die Urlaubszeiten festzulegen.“

Annelie Buntentbach aus dem Vorstand des Deutschen Gewerk-

schaftsbunds begrüßte das Urteil: „Der EuGH hat klargestellt, dass es der Verantwortung des Arbeitgebers obliegt, den Urlaub zu gewähren. Das ist eine wichtige Grundsatzentscheidung zum Schutz der Arbeitnehmerrechte.“

Nach deutschem Recht erlischt der Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub in der Regel am Ende des Arbeitsjahres, falls der Arbeitnehmer zuvor keinen Urlaubsantrag gestellt hat.

Hintergrund der EuGH-Entscheidung waren zwei Fälle aus Deutschland. Ein ehemaliger Rechtsreferendar des Landes Berlin hatte entschieden, in den letzten fünf Monaten seines Referendariats keinen Urlaub zu nehmen. Dafür forderte er vor Gericht finanziellen Ausgleich. Ein früherer Angestellter der Max-Planck-Gesellschaft streitet zudem für eine Auszahlung nicht genommenen Urlaubs aus zwei Jahren.

Erben haben Recht auf Auszahlung

Luxemburg (dpa). In einem weiteren Urteil entschieden die Luxemburger Richter, dass Erben Ausgleichszahlungen für nicht genommenen Urlaub eines Verstorbenen von dessen ehemaligem Arbeitgeber verlangen können – auch dann, wenn nationales Recht diese Möglichkeit wie in Deutschland eigentlich ausschließt.

Der EuGH betonte, der Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub

verfolge zweierlei Ziele. Zum einen solle er dem Arbeitnehmer Erholung ermöglichen. Die Richter räumten zwar ein: „Der Tod des Arbeitnehmers hat zwar (...) unvermeidlich zur Folge, dass ihm jede tatsächliche Möglichkeit genommen ist, die Entspannungs- und Erholungszeiten wahrzunehmen.“ Zudem bestehe aber der Anspruch auf Bezahlung während des Urlaubs. Dieser könne dem Arbeit-

nehmer und später auch den Erben nicht rückwirkend entzogen werden. Daran müssten sich sowohl staatliche als auch private Arbeitgeber halten.

Zwei Witwen fordern vor deutschen Gerichten Ausgleichszahlungen für den nicht genommenen Jahresurlaub ihrer gestorbenen Ehemänner. In den konkreten Fällen müssen die nationalen Gerichte noch urteilen. **Michel Winde**



Der Anspruch auf Urlaub verfällt im Regelfall auch dann nicht, wenn der betreffende Arbeitnehmer keinen Antrag gestellt hat. Das hat der EuGH klargestellt. Bild: dpa

Regionen

Migration macht Konflikte sichtbar

Berlin (dpa) Die Ankunft von gut einer Million Asylbewerbern in Deutschland hat laut einer Studie alte Konfliktlinien in der Bevölkerung wieder stärker zutage treten lassen. „Durch Migration werden regionale und landesspezifische Spaltungen sichtbar – etwa zwischen Ost und West in Deutschland“, schreiben die Forscher der Technischen Universität Dresden und der Uni Duisburg-Essen. Gleiches gelte für dauerhafte Konflikte in anderen europäischen Ländern wie die „zwischen Norden und Süden in Italien und zwischen Zentrum und Peripherie in Großbritannien“. Die Konflikte seien teils kultureller, teils sozioökonomischer oder politischer Natur. Die „Flüchtlingskrise“ sei somit nicht Ursache, sondern Katalysator für den Populismus.

Pressestimme

„Die Schüler sollten von klein auf lernen, dass gesunde Ernährung Spaß machen kann – mit Anschauungsunterricht in der Mensa. Denn Essen hat nicht nur Einfluss auf unsere Gesundheit, sondern auch auf soziale Kontakte. Wer Kantineessen in Fließbandarbeit kochen und austreten lässt, wer Speisesäle baut, die Großraumbüros ähneln, muss sich nicht wundern, wenn die Schüler lieber zur Bäckerei um die Ecke gehen.“ **„Reutlinger General-Anzeiger“** zum Schulessen.

Kongresswahlen



Am Dienstag hatte US-Präsident Donald Trump noch einmal kräftig Wahlkampf gemacht, unter anderem in Cleveland. Bild: dpa

Trump polarisiert bis zum Ende

Washington (dpa). Zwei Jahre nach der Wahl von US-Präsident Donald Trump haben die Amerikaner gestern in einer aufgeheizten politischen Stimmung einen neuen Kongress gewählt. Sie gaben damit auch ein Votum über dessen umstrittene Politik des „America first“ (Amerika zuerst) ab, die das Land stark polarisiert. Heute steht fest, ob Trump mit einer Mehrheit seiner Republikaner im Kongress auch künftig weitgehend ungehindert regieren kann.

Selbst der Wahltag entwickelte sich noch zum Fernduell zwischen Trump und seinem demokratischen Vorgänger Barack Obama.

Dieser rief die Amerikaner zur Abstimmung bei den Kongresswahlen auf. „Heute sind Sie an der Reihe, ihre Stimme zu erheben, um den Kurs des Landes zum Besseren zu ändern“, schrieb er auf Twitter.

Auch Trump twitterte und empfahl die Wahl bestimmter Kandidaten seiner Republikaner. Der 72-Jährige war bis zum Schluss des Wahlkampfes im Dauereinsatz. Bei einer eng getakteten Serie von Wahlkampfauftritten versuchte er, seine Anhänger mit Warnungen vor den Demokraten zu mobilisieren. Seine Wahlkampagne habe auf „dunklen Themen“ wie Angstmacherei, Nationalis-

mus sowie Feindseligkeit gegen Einwanderer beruht, zog die „New York Times“ Bilanz. Es sei damit die am stärksten polarisierte Zwischenwahl seit den Bürgerkriegen (1861 bis 1865) gewesen.

Mit aussagekräftigen Ergebnissen wurde erst am frühen Mittwochmorgen unserer Zeit gerechnet. Die letzten Wahllokale auf Hawaii sollten um 6 Uhr schließen. Es zeichnete sich eine weit höhere Wahlbeteiligung als vor vier Jahren ab. Allein 38,9 Millionen Frühwähler gaben schon vorab ihre Stimme ab. 2014 seien es 20,5 Millionen gewesen, teilte das Umfragemerkmal ElectProject mit.

Antibiotika-Resistenzen

33 000 Tote jährlich

Solna (dpa). Etwa 33 000 Menschen sterben europaweit jährlich infolge von Antibiotika-Resistenzen. Gegen die Bakterien, mit denen sie infiziert sind, gibt es kein wirksames Antibiotikum mehr. Die Zahl solcher Todesfälle steige seit 2007, zwischen einzelnen Ländern gebe es teils erhebliche Unterschiede, berichtet eine internationale Forschergruppe im Fachblatt „The Lancet Infectious Diseases“. Sie beziehen sich auf Daten eines europäischen Netzwerks zur Beobachtung antimikrobieller Resistenzen.

Etwa ein Drittel der Erkrankungen mit antibiotikaresistenten Keimen entstünden in Krankenhäu-

sern und anderen Einrichtungen des Gesundheitssystems, berichten die Forscher weiter. In 39 Prozent der betrachteten Fälle seien die Patienten mit einem Keim infiziert, gegen den auch Reserve-Antibiotika nichts mehr ausrichten können. Die Behandlung einer Infektion ist dann nur noch schwer, teils gar nicht mehr möglich.

Um die Situation zu verbessern, seien gemeinsame Anstrengungen nötig. Antibiotika sollten nur verschrieben und eingenommen werden, wenn sie wirklich nötig sind. Zudem müssten bestehende Hygienevorschriften, vor allem in Krankenhäusern, eingehalten werden.

Bielefelder Forscher zum Klima-Protest

„Aktivisten sind in der Regel friedlich“

Von unserem Redaktionsmitglied **MATTHIAS BORNHORST**

Bielefeld (gl). Der Konflikt um den Hambacher Forst hat in den vergangenen Wochen eine breite Protestbewegung ausgelöst, die sich für einen schnellen Kohleausstieg einsetzt. 50 000 Menschen demonstrieren am 6. Oktober friedlich für den Erhalt des Waldes, zuletzt blockierten tausende Klima-Aktivisten des Bündnisses „Ende Gelände“ 24 Stunden lang die Kohlebahn im Tagebau Hambach. „Die Glocke“ sprach mit dem Protestforscher **Dr. Jonas Rees** vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld über den Klima-Aktivismus.



„Die Glocke“: Wodurch zeichnen sich Klima-Aktivisten aus?

Rees: Klima-Aktivisten sind hoch engagierte Menschen, die sich mit der Umweltbewegung identifizieren. Während viele Menschen lediglich zu Hause auf dem Sofa sitzen und sagen „Ja, man müsste etwas gegen den Klimawandel tun“, nehmen die Aktiven das in Angriff. „Die Glocke“: Welche Motive treibt die Umweltschützer an?

Rees: Sie verspüren eine hohe moralische Verpflichtung und investieren enorm viel Zeit und Energie. Da geht es nicht um einen persönlichen Vorteil – wie etwa teils beim Protest gegen Studiengebühren –, sondern um die tiefe Überzeugung von der Sache. Das Spek-

trum des Engagements reicht vom Unterschreiben einer Petition über die Teilnahme an einer Demonstration bis hin zur tagelangen Blockade von Kohle-Infrastruktur.

„Die Glocke“: Welche Rolle spielen Emotionen im Zuge der Energiepolitik der schwarz-gelben NRW-Landesregierung, die von vielen Wissenschaftlern als rückwärtsgerichtet kritisiert wird?

Rees: Moralische Emotionen wie Empörung und Wut auf Politiker oder Energiekonzerne sind ein wichtiger Faktor im Kontext von Protest. Hinzu kommt die Erfahrung, dass man gemeinsam als Gruppe etwas erreichen kann. Es geht um das Gefühl von Zusammenhalt in der Gruppe. Das schweißt zusammen.

„Die Glocke“: NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) warnte vor der Räumung des Hambacher Forstes vor gewalttätigen Auseinandersetzungen wie beim G20-Gipfel in Hamburg. Tatsächlich blieb es überwiegend friedlich. Wie passt das zusammen?

Rees: Im Kontext Klimaschutz haben Sie es in der Regel mit friedlichem und kreativem Protest zu tun. Das Bild von militanten, gewaltbereiten und extremistischen Klimaschützern ist ein Mythos. Die Schreckensbilder, die in Umlauf gebracht wurden, haben nicht zur Entspannung beigetragen. Bei tausenden Beteiligten wäre es zwar falsch und fahrlässig, Gewaltbereitschaft zu 100 Prozent auszu-schließen – übrigens auch auf Polizeiseite. Diese Gewaltbereitschaft ist aber in aller Regel minimal.



Tausende Aktivisten des Aktionsbündnisses „Ende Gelände“ haben Ende Oktober für 24 Stunden die Kohlebahn im Tagebau Hambach des RWE-Konzerns blockiert. Der zivile Ungehorsam ist auch eine Reaktion auf die Klimapolitik der Landesregierung, sagt der Protestforscher Dr. Jonas Rees von der Universität Bielefeld.

„Ziviler Ungehorsam reagiert auf passive Regierung“

„Die Glocke“: Wie können Klimaschutzbewegungen Gewalt aus ihren Reihen vorbeugen?

Rees: Indem es einen klaren Aktionskonsens gegen Gewalt gibt. Das Bündnis „Ende Gelände“ hat betont: „Wir werden uns ruhig und besonnen verhalten, von uns geht keine Eskalation aus, wir gefährden keine Menschen.“ So setzt die Gruppe eine klare Norm, welches Verhalten toleriert wird und welches nicht. Das wirkt.

„Die Glocke“: Was kann die Polizei tun, um Gewalt bei Protestaktionen vorzubeugen?

Rees: Einzelne Gewalttäter sollten gezielt identifiziert und isoliert werden – ohne gegen die gesamte Gruppe vorzugehen. Denn sonst kann die Situation zwischen Polizei und Demonstrierenden kippen. Wird etwa gegen friedliche Demonstrierende Pfefferspray eingesetzt, kann diesen Gewalt danach als akzeptableres Mittel erscheinen. Sie wehren sich gegen die als ungerecht empfundene Behandlung. Durch undifferenziertes Verhalten kann die Polizei so unfreiwillig zur Eskalation beitragen. Selbstverständlich muss

aber klar sein: Gewalt gegenüber Polizisten darf nicht relativiert oder verharmlost werden. „Die Glocke“: NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hat sich lange kaum zum Hambacher Forst geäußert. Erst als der Rodungsstopp gerichtlich verhängt wurde, sprach er plötzlich von einer „Chance zum Dialog“. War es klug, sich so lange herauszuhalten?

Rees: Die Passivität der Landesregierung beim Hambacher Forst hat sicherlich dazu beigetragen, dass für viele Klima-Aktivisten die Dringlichkeit ihrer Anliegen

Klimagerechtigkeit wird dringlicher

„Die Glocke“: Die Kohlekommission will bis Ende dieses Jahres einen Plan für den Kohleausstieg vorlegen. Wie geht es mit dem Protest für Klimagerechtigkeit weiter?

Rees (Bild): Das Thema Klimawandel werden wir nicht los – im Gegenteil, es wird ab jetzt nur noch dringlicher. Vom Aktionsbündnis „Ende Gelände“ werden wir weiter hören und ich erwarte, dass die Teilnahmebereitschaft an Protesten für Klimagerechtigkeit auch in der breiten Bevölkerung stärker werden. Der Hambacher Forst ist zum Symbol für die Umweltbewegung geworden. Die Bewegung kann aber nicht auf das Rheinische Revier reduziert werden. Menschen setzen sich inzwischen europa- und weltweit immer stärker für den Klimaschutz ein.



gestiegen ist. Wenn die Landesregierung nicht in dem Maße erfüllt, was viele Menschen erwarten – nämlich konsequent den Klimaschutz anzugehen –, sagen sich die Aktivisten: „Dann müssen wir es eben selbst machen.“ Das gilt gerade für jüngere Menschen, die viel stärker von den Folgen des Klimawandels betroffen sein werden. Der zivile Ungehorsam – in Form der Besetzung des Waldes und der Kohlebahn – ist eine Reaktion auf die Untätigkeit der Landesregierung und wird von Aktiven als legitimes Mittel angesehen.